



GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2016/1

Datum/Zeit	Donnerstag, 10. März 2016, 18:00 - 19:30 Uhr
Ort	Tellsaal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermundigen
Vorsitz	Luyet Cédric (GLP) _____ 1
Mitglieder	Blaser Peter (SP) Burkhalter Hans Rudolf (Grüne) Kehrli Rudolf (SP) Mahler Rudolf (SP) Nova Colette (SP) Rajaratnam Saibaven (SP) Thomann Thulani (SP) Weber Hadorn Maya (SP) Zeyer Christian (SP) Zeyer Priska (parteilos) _____ 10 Hausammann Hans Rudolf (SVP) Hess Rudolf (SVP) Hirsiger Ernst (SVP) Müller Lucia (SVP) Schneiter Roger (SVP) Weber Marlis (parteilos) Zaugg Gerhard (SVP) Zysset Walter (SVP) _____ 8 Bolliger Renate (EVP) Fels Silvia (EVP) Wagner Peter (EVP) Wagner Rahel (EVP) _____ 4 Hubschmid Roger (FDP) Müller Alfred (parteilos) Walter Aliosha (FDP) Weibel Tobias (FDP) _____ 4 Bendoza Thomas (parteilos) Leuthold Andreas (FORUM) Rüfli Roland (FORUM) _____ 3 Alberucci Luca (GLP) _____ 1 Löhner Sandra (CVP) Rippstein Eduard (CVP) _____ 2 Total anwesend <u>33</u>

1. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 10. März 2016

Mitglieder Gemeinderat	Blaser Erich (SVP), Ernst Synes (CVP), Lüthy Ursula (Grüne), Panayides Aliko (SVP; ab 18.15 Uhr), Henrik Schoop (FDP), Thomann Andreas (SP) sowie die Gemeindeschreiberin Steudler Barbara
Protokoll	Kumli Jürg, Gemeindeschreiber Stv.
Entschuldigt	Mitglieder GGR: Burri Simon (SVP), Friedli Hans Peter (SVP), Gasser Melanie (GLP), Lehmann Werner (SP), Ögüt Hasan (SP), Studer Martin (SVP) und Tanner Adrian (Grüne)

TRAKTANDEN

1.	Protokoll der 4. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 22. Oktober 2015; Genehmigung	7
2.	Protokoll der 5. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 12. November 2015; Genehmigung	8
3.	Protokoll der 6. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 10. Dezember 2015; Genehmigung	9
4.	Planungskommission; Ersatzwahl	10
5.	Sozialkommission; Ersatzwahl.....	11
6.	Schulkommission; Ersatzwahl.....	12
7.	Reglement über die Verwendung von Mehrwertabgaben; Genehmigung der Teilrevision.....	13
8.	Sanierungen von öffentlichen Abwasserleitungen: Rahmenkredit für die Jahre 2009 bis 2013; Kreditabrechnung.....	17
9.	Schermenweg Nordwest: Ersatz und Erweiterung der öffentlichen	

Abwasserleitungen; Kreditabrechnung	20
10. Postulat SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Koordination im öffentlichen Beschaffungswesen; Erheblicherklärung/Ablehnung.....	21
11. Postulat FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Kosten einsparen durch strategischen Materialeinkauf mit der Logistikzentrale der Stadt Bern; Erheblicherklärung/Ablehnung.....	23
12. Interpellation FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend wie sieht der Fahrplan für Neugestaltungen beim Dreieck aus?; Beantwortung.....	24
13. Interpellation Cédric Luyet (GLP) betreffend Errichtung einer Begegnungszone auf dem Steingrübliweg (und 30-iger Zone auf der Rörswilstrasse); Beantwortung.....	25
14. Baurechtsvertrag zwischen der Gemeinde Ostermundigen und der o'bloc AG Bern, Kenntnisnahme	27
15. Orientierungen des Gemeinderates	28
16. Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Stellenplan vor das Parlament; parlamentarischer Neueingang.....	30
17. Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Einführung des papierlosen Ratsbetriebs; parlamentarischer Neueingang.....	31
18. Motion SP/Grüne-Fraktion betreffend Optimierung des Mutter-Kind Deutschkurses zu einem Integrationskurs; parlamentarischer Neueingang.....	32
19. Postulat SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Kernregion Bern: Gemeinsame Entwicklung an die Hand nehmen; parlamentarischer Neueingang.....	34
20. Postulat GLP/CVP-Fraktion betreffend Massnahmen zur Stabilisierung des Ergebnisses der Spezialfinanzierung „Abwasserentsorgung“; parlamentarischer	

Neueingang	35
21. Einfache Anfrage EVP-Fraktion betreffend Kablan AG, Ostermundigen	36

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 1. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) des Jahres 2016. Ich heisse ebenfalls die Vertretenden der Presse sowie die anwesenden Zuschauerinnen und Zuschauer herzlich willkommen. Ich danke für das entgegengebrachte Interesse.

Bevor wir zum offiziellen Teil der Sitzung kommen, möchte ich Ihnen ein paar Informationen zu meiner Person bekanntgeben:

Ich bin oberhalb der Post auf der Rüti aufgewachsen. Mit dem GGR-Mitglied Alfred Müller besuchte ich die gleichen Klassen in der Schule Rüti. Meine drei Kinder besuchen zurzeit den gleichen Kindergarten - inkl. dieselbe Lehrerin - wie ich. Damit will ich nicht sagen, dass ich noch extrem jung bin; nein, es hat sich seither nicht viel verändert in Ostermundigen.

In den 80iger Jahren beheimatete Ostermundigen mehr Einwohnende als heute. Damals gab es auf der Umfahrungsstrasse oder der Bernstrasse noch keinen Verkehrsstau. Auch der Bus frequentierte viel weniger und fuhr lediglich bis in die "Waldkurve" und die letzten Meter auf die Rüti mussten zu Fuss vollzogen werden.

Die Sekundarschule besuchte ich in der Schulanlage "Rothus". Fast alle Schülerinnen und Schüler (inkl. Gemeindepräsident) pendelten mit dem Velo. Es bildeten sich grössere Velo-Gruppen; Probleme mit Automobilisten blieben aus.

Nach der Schulzeit entdeckte ich die weite Welt. Zusammen mit meiner Frau Esther zogen wir nach Kanada. Als wir zurück in die Schweiz dislozierten, führte unser Weg retour nach Ostermundigen. Uns gefällt es im Steingrübliquartier sehr gut.

Ich hätte nie gedacht, dass ich jemals das Ratspräsidium führen werde.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist.

Für die heutige Sitzung haben sich die folgenden Ratsmitglieder entschuldigt: Burri Simon, Friedli Hans Peter, Gasser Melanie, Lehmann Werner, Ögüt Hasan, Studer Martin und Tanner Alfred.

Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf. Es sind 33 Ratsmitglieder anwesend und der Rat ist somit beschlussfähig.

1. Beat Leumann (FDP) hat seinen Rücktritt aus dem Grossen Gemeinderat per 31. Dezember 2015 eingereicht. Anstelle von Beat Leumann nimmt Aliosha Walter im Parlament Einsitz.
2. Bruno Grossniklaus (parteilos) hat seinen Rücktritt aus dem Grossen Gemeinderat per 31. Januar 2016 eingereicht. Anstelle von Bruno Grossniklaus nimmt Saibaven Rajaratnam im Parlament Einsitz.
3. Esther Schaller (FORUM) hat ihren Rücktritt aus dem Grossen Gemeinderat per 29. Februar 2016 eingereicht. Anstelle von Esther Schaller nimmt Andreas Leuthold im Parlament Einsitz.
4. Andreas Burckhardt (Grüne) hat seinen Rücktritt aus dem Grossen Gemeinderat per 29. Februar 2016 eingereicht. Anstelle von Andreas Burckhardt nimmt Adrian Tanner im Parlament Einsitz.

1. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 10. März 2016

5. Auf den Tischen wurde verteilt:
→ Aktueller Sitzplan
6. Der diesjährige Ratsausflug findet am **Freitag, 1. Juli 2016 ab ca. 13.00 Uhr** statt. Das detaillierte Programm resp. die Einladung wird zu einem späteren Zeitpunkt verschickt.
7. Die nächste Sitzung findet am 19. Mai 2016 in der **Aula Dennigkofen** statt.
8. Im Anschluss an die Sitzung treffen wir uns im Restaurant „Bären“ zu einem Imbiss. Der Imbiss ist von mir offeriert. Die Getränke müssen selber bezahlt werden. Die Vertretenden der Presse sowie die Gäste sind herzlich willkommen.

Traktandenliste

Traktandum Nr. 15 - Orientierungen des Gemeinderates

- a. Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS B-I-O); Jahresabschluss (Sprecher: T. Iten)
- b. Trübungen des Trinkwassers in privaten Bereichen (Sprecher: A. Thomann)

Parlamentarische Neueingänge

- Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Stellenplan vor das Parlament
- Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Einführung des papierlosen Ratsbetriebs
- Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Optimierung des Mutter-Kind Deutschkurses zu einem Integrationskurs
- Postulat SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Kernregion Bern: Gemeinsame Entwicklung an die Hand nehmen
- Postulat GLP/CVP-Fraktion betreffend Massnahmen zur Stabilisierung des Ergebnisses der Spezialfinanzierung „Abwasserentsorgung“
- Einfache Anfrage EVP-Fraktion betreffend Kablan AG, Ostermundigen

B e s c h l u s s

Die Traktandenliste wird mit den erwähnten Ergänzungen stillschweigend genehmigt.

100.3.10.03 Protokollgenehmigung

1. Protokoll der 4. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 22. Oktober 2015; Genehmigung

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Zum Protokoll liegen keine Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Das Protokoll Nr. 4 der GGR-Sitzung vom 22. Oktober 2015 wird genehmigt.

100.3.10.03 Protokollgenehmigung

2. Protokoll der 5. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 12. November 2015; Genehmigung

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Zum Protokoll liegen keine Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Das Protokoll Nr. 5 der GGR-Sitzung vom 12. November 2015 wird genehmigt.

100.3.10.03 Protokollgenehmigung

3. Protokoll der 6. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 10. Dezember 2015; Genehmigung

Christian Zeyer (SP): Wir haben drei Protokolle zur Genehmigung erhalten. Das Protokoll vom 22. Oktober 2015 hat das "Verfalldatum überschritten". D. h. ich kann mich an meine Voten nicht mehr im Detail erinnern.

Ein Tipp an das Ratssekretariat:

- ① Wir wären froh, wenn die Protokolle nach deren Fertigstellung den Parlamentsmitgliedern zugestellt würden.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Zum Protokoll liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Das Protokoll Nr. 6 der GGR-Sitzung vom 10. Dezember 2015 wird genehmigt.

10.6.12 Planungskommission

4. Planungskommission; Ersatzwahl

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Auf Vorschlag der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat (GGR) einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Als Ersatz für den zurückgetretenen Rudolf Alther (SP) wird Regula Unteregger Schütz (SP) für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. März 2016 bis 31. Dezember 2016 als Mitglied in die Planungskommission gewählt.

10.6.06 Sozialkommission

5. Sozialkommission; Ersatzwahl

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Auf Vorschlag der EVP-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat (GGR) einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Als Ersatz für die zurückgetretene Silvia Fels (EVP) wird Esther Becher (EVP) für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2016 als Mitglied in die Sozialkommission gewählt.

10.6.28 Schulkommission

6. Schulkommission; Ersatzwahl

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Auf Vorschlag der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat (GGR) einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Als Ersatz für die zurückgetretene Priska Zeyer (parteilos) wird Maja Weber Hadorn (SP) für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. April 2016 bis 31. Dezember 2016 als Mitglied in die Schulkommission gewählt.

7. Reglement über die Verwendung von Mehrwertabgaben; Genehmigung der Teilrevision

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Eduard Rippstein (GPK-Präsident): Eigentlich wollen wir nicht das Reglement ändern, jedoch die Spezialfinanzierung aufheben. Wir Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission haben einen **Änderungsantrag Nr. 1** (siehe Seite 5 – GPK-Protokoll vom 2. März 2016) für eine zusätzliche Beschlusseziffer deponiert, der da wie folgt lautet:

1. *Die Teilrevision des Reglements über die Verwendung von Mehrwertabgaben" wird genehmigt.*
2. ***Von der Aufhebung der "Spezialfinanzierung" wird Kenntnis genommen.***
3. *Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.*
4. *Die Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Auflösung der Spezialfinanzierung "Abgeltung Planungsvorteile und Nutzungsabgaben durch Dritte" wird als erledigt abgeschrieben.*

Die Aufhebung der Spezialfinanzierung wird zusammen mit der nächsten Gemeinderechnung vollzogen.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich bin noch eine Ergänzung aus der GPK-Sitzung vom 2. März 2016 schuldig:

Die GGR-Anträge sind mit einem "Schönheitsfehler" behaftet. Die in den letzten Jahren abgegebenen GGR-Anträge referenzieren sich auf die teilrevidierte Gemeindeordnung aus dem Jahre 2011. Dieser Sachverhalt ist an und für sich nicht falsch. Aber die Datumsangabe muss sich rechtlich auf die letzte Gesamtrevision der Gemeindeordnung beziehen, d. h. das korrekte Datum ist der 24. September 2000.

Diese juristische Spitzfindigkeit wird in die Formularvorlage "GGR Botschaft" einfließen.

- ① Noch eine Anmerkung zu Seite 2 des Reglements bzw. die folgende Textkorrektur muss noch vollzogen werden:

*Der Grosse Gemeinderat (GGR) der Gemeinde Ostermundigen gestützt auf Artikel 55 ff der Gemeindeordnung vom **24. September 2000** beschliesst die folgenden Änderungen zum Reglement über die Verwendung von Mehrwertabgaben vom 22. Mai 2008.*

Tobias Weibel (FDP): Der vorliegende Antrag des Gemeinderats entspricht so unseren Vorstellungen und unserer Motion, welcher wir alle zugestimmt haben. Diese Entnahme wird uns

etwas Rückhalt in einer relativ kniffligen Zeit geben, in der ja diverse grössere Verpflichtungen auf uns warten werden.

Hans Rudolf Hausammann (SVP): Die Motion wurde von uns im September 2006 eingereicht. Die SVP-Fraktion stimmt dem Geschäft zu. Die Angelegenheit ist nicht im Sinne des Erfinders. Wir sehen jedoch den Sinn und den Zweck der Reglementsänderung durchaus ein.

Colette Nova (SP): Wir von der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion haben die Motion ebenfalls unterstützt, weil sie kohärent ist mit HRM2. HRM2 hat allerlei Vor- und Nachteile und hat nun auch Auswirkungen auf das vorliegende Thema. Wir unterstützen deshalb auch die vorgeschlagene Revision. Wir werden keinen Änderungsantrag stellen. Trotzdem möchte ich noch einige Anmerkungen abgeben:

1. Wenn die Mehrwertabgaben einfach nur noch in die Erfolgsrechnung der Gemeinde einfließen, sieht man nicht mehr, dass der Mehrwert, um den es geht, nur deswegen überhaupt entsteht, weil die Gemeinde die Infrastruktur zur Verfügung stellt. Nur wenn die Infrastruktur genügend ausgebaut ist, ist es nämlich interessant, zu bauen und entsteht ein Mehrwert. In der alten Fassung des Reglements mit der Spezialfinanzierung ist das gut zum Ausdruck gekommen. Mit der neuen Fassung wird das nur noch dann sichtbar, wenn diese Gelder für Infrastrukturprojekte verwendet werden. Die entsprechende Bestimmung ist darum wichtig. Angesichts der Herausforderungen für Ostermundigen im Bereich der Infrastruktur braucht es diesen möglichen Verwendungszweck unbedingt. Was leider auch verloren geht, ist der Vorteil der Planbarkeit, den eine Spezialfinanzierung bietet.
2. Durch die rückwirkende Auflösung der Spezialfinanzierung wird zwar die Erfolgsrechnung 2015 von Ostermundigen schöner aussehen. Die Gemeinde wird allerdings dadurch um keinen Rappen reicher und ihre finanzielle Situation bleibt gleich prekär wie bisher. Für die Finanzierung von zukünftigen Infrastrukturvorhaben - wie z. B. dem Tramprojekt aufgrund der Volksinitiative oder den Gegenvorschlag der Gemeinde, über die am 3. April 2016 abgestimmt wird - steht dann leider auch kein Kässeli mehr zur Verfügung.
3. Als letzten Punkt habe ich noch eine persönliche Bemerkung: Der Kanton will sich einen Teil der Mehrwertabgaben der Gemeinden unter den Nagel reißen. Einmal mehr will er den Gemeinden einfach Einnahmen wegnehmen. Es sieht dann so aus, als ob er Steuern gesenkt hätte, in Wirklichkeit plündert er aber nur die Gemeinden aus. Das ist skandalös. Der Kanton wird uns Geld wegnehmen, dass der Gemeinde Ostermundigen für den Bau von Infrastrukturen zusteht. Ich finde dieses Vorgehen skandalös und bitte alle, die Einfluss auf die kantonale Politik haben, sich dafür einzusetzen, dieses Vorhaben zu unterbinden.

Rahel Wagner (EVP): «*Ausserordentliche Zeiten erfordern ausserordentliche Massnahmen*». Dieses Zitat ist nicht neu und wird so oder ähnlich immer wieder angeführt.

Wir als EVP-Fraktion hätten es sehr gerne gesehen, wenn die Spezialfinanzierung für die Ausführung des Projekts «Tram Region Bern» hätte verwendet werden können. Da dieses aber

von der Bevölkerung bachabgeschickt wurde, blieben die Millionen in der Spezialfinanzierung liegen.

Inzwischen haben sich die Zeiten stark verändert und auch die EVP-Fraktion musste ihre Ansichten bezüglich Verwendung der Mittel aus den Mehrwertabgaben revidieren. Erstens wurde ab 1. Januar 2016 das neue Harmonisierte Rechnungsmodell HRM2 eingeführt, was eine Auflösung der Spezialfinanzierung schon deshalb rechtfertigt. Zweitens liebäugelt der Kanton Bern damit, bei den Gemeinden noch einen Teil der Mehrwertabgaben für sich abzuzweigen und drittens wissen wir alle, dass mit der Sanierung der Pensionskasse PVS BIO oder allenfalls einer andern Pensionskassenlösung Millionenbeiträge zu bezahlen sind, welche die Mittel aus der Spezialfinanzierung gleich wieder auffressen.

Durch die rückwirkende Inkraftsetzung des zu revidierenden Reglements über die Verwendung von Mehrwertabgaben auf den 31.12.2015 wird das Rechnungsergebnis 2015 wie ein Wunder aussehen: Vorher immer negative Abschlüsse, jetzt ein phantastischer Gewinn. Der Ostermündiger Bevölkerung muss dieses «Wunder» sehr gut erklärt werden. Und das Parlament muss im Auge behalten, dass diesem Millionenüberschuss innert kurzer Zeit wieder ein negativer Rechnungsabschluss folgt.

→ Es ist ganz klar, die Gemeinde braucht das Geld **jetzt**, um die notwendigen Finanzplanungen angehen zu können. Die EVP-Fraktion wird diesem Geschäft zustimmen.

Luca Alberucci (GLP): Die CVP/GLP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates ebenfalls folgen. Es gibt aus unserer Sichtweise keinen Grund, dieser Reglementsänderung nicht und insbesondere der Auflösung der Spezialfinanzierung bzw. Übertrag in den Steuerhaushalt zuzustimmen. Mit dem Wechsel zu HRM2 bietet sich diese einmalige Chance an. Wir können den Begehrlichkeiten des Kantons schon heute entgegenwirken. Wie bereits die Vorrednerinnen erwähnt haben, wird das Geld leider nicht den Infrastrukturen zugeführt, sondern die Altlastenbereinigung wird getilgt.

Erfreulich und erwähnenswert ist, dass wir Dank HRM2 den "Mehrwertabschöpfungs-Fonds" nicht mehr benötigen. Die neue Abschreibungspraxis kommt zur Anwendung. Das vorgesehene "Tramprojekt" kann während einer Zeitspanne von 60 Jahren abgeschrieben werden. Wenn sich die Abschreibung während 60 Jahren nicht lohnt, dann sollte ein Projekt gar nicht an die Hand genommen werden.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Die Sichtweise des Gemeinderates wird aufgeteilt.

① Zum Votum Colette Nova (SP):

Der Gemeinderat hat die angesprochenen Themen ebenso zur Kenntnis genommen. Das Spannungsfeld ist vorhanden. Die Antwort in Artikel 4 Absatz 2 sagt aus, dass die Gelder konkret für Infrastrukturprojekte eingesetzt werden sollen.

① Der Gemeinderat schaut sehr kritisch auf die kantonale Baugesetzrevision. Dies würde bedingen, dass ein Teil der Mehrwertabgaben dem Kanton zugeführt werden müssten. Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass die Gemeinden "Gegensteuer" geben werden. Infrastrukturverhandlungen sind herausfordernd und sehr intensiv.

① Votum Luca Alberucci (GLP):

Zum Thema "Abschreibungen": Mit HRM2 entstehen Vor- wie auch Nachteile bezüglich langfristigen Infrastrukturprojekte. Doch die finanzielle Situation kann der Departementsvorsteher Finanzen/Steuern besser erklären.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Zum Votum von Colette Nova (SP) betreffend die 28 Mio. Franken Gesamtkredit für das Tramprojekt: Aus finanzpolitischer Sicht bin ich froh, dass das erste Tramprojekt vom Souverän nicht angenommen worden ist. Das Projekt hätte sofort bezahlt und abgeschrieben werden müssen. Dank HRM2 kann das zweite Tramprojekt auf 40 Jahren abgeschrieben werden. Die Strassensanierungen, die Erneuerung der Wasser- und Abwasserleitungen können inskünftig innert 40 Jahre abgeschrieben werden.

Ich bin froh, dass die politische Mehrheit sich für das Tramprojekt ausgesprochen hat. Mit dem neuen HRM2-System wird das Ganze für die Gemeinde Ostermundigen finanzierbar. Auch die zukünftigen Investitionen (z. B. Sanierung der Kindergärten) werden innerhalb von 40 Jahren abgeschrieben werden können.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Zuerst müssen wir über den Änderungsantrag Nr. 1 resp. neue Beschlusseziffer Nr. 2 der Geschäftsprüfungskommission abstimmen. Diese lautet wie folgt:

2. Von der Aufhebung der "Spezialfinanzierung" wird Kenntnis genommen.

A b s t i m m u n g

Änderungsantrag Nr. 1 der Geschäftsprüfungskommission wird einstimmig angenommen.

Schlussabstimmung

Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

1. Die Teilrevision des „Reglementes über die Verwendung von Mehrwertabgaben“ wird genehmigt.
2. Von der Aufhebung der „Spezialfinanzierung“ wird Kenntnis genommen.
3. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.
4. Die Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Auflösung der Spezialfinanzierung „Abgeltung Planungsvorteile und Nutzungsabgaben durch Dritte“ wird als erledigt abgeschrieben.

42.3.43 Abwasseranlagen; Öffentlich, Unterhalt

8. Sanierungen von öffentlichen Abwasserleitungen: Rahmenkredit für die Jahre 2009 bis 2013; Kreditabrechnung

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Christian Zeyer (SP): Ich habe mich damals sehr stark für die Rahmenkredite eingesetzt, weil ich der Meinung bin, dass die Abteilung Tiefbau + Betriebe freie Hand haben muss. Der vorliegende Bericht bestätigt aber alle Vorbehalte der damaligen Gegner, man wisse nicht um was es da gehe und das sei nicht transparent.

Wir sind mit dem Bericht zur Abrechnung des Rahmenkredites **nicht** einverstanden. Es ist die Aufgabe des Grossen Gemeinderates (GGR) zu überprüfen, ob die Arbeit richtig gemacht ist. Mit dem vorliegenden Dokument ist das nicht möglich. Die Aussage, wen es interessieren würde, diese Person könne ja auf der Gemeindeverwaltung nachschauen gehen - diese Aussage ist - Entschuldigung - „schnoddrig“.

Es gibt durchaus Möglichkeiten, qualifizierte Zusammenfassungen zu machen, die es den Parlamentariern ermöglichen, die Arbeit zu beurteilen. Zum Beispiel könnte man eine Statistik erfassen:

- Wie viele Projekte wurden so abgeschlossen wie budgetiert, wie viele mit Überschreitung von bis 10 %, 30 %, mit Unterschreitung von bis 10 %, 30 %. So erhält man eine gute Übersicht, ohne die Details kennen zu müssen.
- Auch findet sich ja in der Auflistung eine Reihe von nicht ausgeführten Projekten, die entweder - und das wird aus der Formulierung nicht klar - später und im Rahmen von anderen Projekten ausgeführt wurden.

Allerdings muss man auf Grund der Art der Auflistung davon ausgehen, dass die Teilkosten nicht in diesem Projektkredit aufgeführt sind. Wenn diese Kosten in einem anderen Projekt angefallen sind, heisst das also, dass insgesamt eine Kostenüberschreitung resultiert hat.

Fazit:

Das Vorgehen ist für mich nicht praktikabel. Es ist nicht das erste Mal, dass wir Kreditabrechnungen ohne Aussagekraft erhalten. Ich fühle mich da "als dumm verkauft". Ich möchte diesen Missstand ausräumen! Wir erwarten von der Abteilung Tiefbau + Betriebe bei der Abrechnung der grossen Kredite über je 14 Mio. Franken einen wesentlich besseren Bericht.

Luca Alberucci (GLP): Die CVP/GLP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates folgen. Wir haben die Kreditabrechnung zum Anlass genommen, heute Abend ein Postulat einzureichen (siehe Traktandum Nr. 20). Wir haben im Zusammenhang mit dem Budget und dem Finanzplan erfahren, dass die Gemeinde Ostermundigen ein strukturelles Defizit hat. Aktuell haben wir sehr viel Eigenkapital, doch wir zehren nach wie vor an der Bausubstanz. Der Gemeinderat soll überprüfen und aufzeigen, wie dieses Problem gelöst werden kann.

Hans Rudolf Hausammann (SVP): Die zitierten Einwände von Christian Zeyer (SP) sind nachvollziehbar - die Botschaft ist nicht sehr aussagekräftig. Die Kommission Tiefbau + Betriebe prüft die Kreditabrechnungen jedoch im Detail. Tritt doch der Kommission bei, dann kannst du deine Bedenken direkt vor Ort anbringen.

Christian Zeyer (SP): Ich will die Diskussion nicht unnötig verlängern. Ich stelle die Kompetenzen der Kommission Tiefbau + Betriebe nicht in Frage. Es geht auch gar nicht darum, alle Details zu kontrollieren. Das macht die Kommission schon richtig so und ich habe kein Bedürfnis, in die Kommission zu kommen. Aber wir als Mitglieder des Grossen Gemeinderates haben den Auftrag, zu kontrollieren, ob die Arbeiten richtig gemacht worden sind. Mit dem vorliegenden Bericht kann man das nicht. Wir haben die Rolle eines Verwaltungsrates auszuführen. Dieser benötigt kondensierte Berichte, die aussagekräftig sind. Wenn man diese Kontrollfunktion nicht will, sollte man besser den Grossen Gemeinderat abschaffen.

Alfred Müller (parteilos): Mir stellte sich eine persönliche Frage: In der Botschaft werden Strassenzüge erwähnt, welche von den Sanierungsarbeiten ausgenommen worden sind. Unter anderem wird auch der Steinbruchweg erwähnt. Ich betreibe einen grossen Bastelraum im Zivilschutzzentrum und uns wurde mitgeteilt, dass wenn wir die vier Meter Wasserrohr/Wasseranschluss wollen, dies mit Fr. 22'000.-- zu finanzieren hätte. Wir haben heute kein Wasser mehr in den sanitären Anlagen. Wenn wir nichts an die Frischwasserleitung bezahlen, dann wird von der Gemeinde Ostermundigen die Abwasserleitung nicht saniert?

Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP): Meine Bemerkungen zum:

① Votum von Christian Zeyer (SP):

Die unterschiedlichen Ansprüche aus dem Parlament bezüglich GGR-Unterlagen stellen die Verwaltung vor eine grosse Herausforderung. Einerseits werden die Botschaften als zu gross beanstandet (z. B. neuer Verwaltungsbericht) und andererseits werden zu wenige Angaben gerügt. Für das Verwaltungspersonal stellt sich somit die Frage: Was ist genügend und was ist zu viel?

Bei vorliegendem Geschäft wurden am öffentlichen Leitungsnetz insgesamt 64 Sanierungsarbeiten an 25 Strassenzügen ausgeführt. Die Arbeiten wurden gestützt auf den Generellen Entwässerungsplan (GEP) ausgeführt. Die Aufzählung könnte durchaus erweitert werden bzw. der GGR mit mehr Daten beliefert werden. Ich nehme die Kritik entgegen und werde bei der nächsten Kreditabrechnung eine "umfassendere Botschaft" abliefern.

① Votum von Luca Alberucci (GLP):

Er hat ein Postulat angekündigt. Ich bin gespannt auf den Wortlaut.

① Votum von Alfred Müller (parteilos):

Wir haben ein Abwassergeschäft zu beraten. Wie es mit den Wasserleitungen am Steinbruchweg aussieht, kann ich heute Abend nicht beantworten. Ich werde den Sachverhalt abklären und dir schriftlich eine Beantwortung zustellen.

Christian Zeyer (SP): Ich suche keinen L+L Bericht sondern einen K+K-Bericht. Noch einmal mir geht es nicht darum lange Berichte zu bekommen, sondern kurze, zusammengefasste, aussagekräftige Berichte.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 31 zu 1 Stimme den folgenden

B e s c h l u s s

1. Von der Kreditabrechnung über „Sanierung von öffentlichen Abwasserleitungen; Rahmenkredit für die Jahre 2009 bis 2013“ abschliessend mit der Kostensumme (inkl. MWSt.) von CHF 1'513'327.60 wird Kenntnis genommen.
2. Zu Lasten der Investitionsrechnung "Abwasser" wird ein Nachkredit von CHF 13'327.60 (inkl. MWSt.) bewilligt.

42.3.42 Abwasseranlagen; Öffentlich, Neuerstellung
42.3.43 Abwasseranlagen; Öffentlich, Unterhalt

9. Schermenweg Nordwest: Ersatz und Erweiterung der öffentlichen Abwasserleitungen; Kreditabrechnung

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst ohne Diskussion einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Von der Kreditabrechnung „Schermenweg Nordwest; Ersatz und Erweiterung der öffentlichen Abwasserleitungen“ abschliessend mit der Kostensumme von CHF 251'531.65 (inkl. MWSt.) wird Kenntnis genommen.

10.3.73 Postulate
20.14.00 Allgemeines

10. Postulat SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Koordination im öffentlichen Beschaffungswesen; Erheblicherklärung/Ablehnung

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner des Postulates zum Geschäft äussern.

Christian Zeyer (SP): Besten Dank dem Gemeinderat für die wohlwollende Entgegennahme des Postulates. Wir sind nicht einverstanden mit der Abänderung des Postulattexts in dieser Form. Warum - das zeigt ja auch das Postulat der FDP. Die Liberalen-Fraktion (Traktandum Nr. 11), die mit ihrem "Copy-Past" Postulat Wasser in unsere Aare schütten.

Die Stadt Bern hat eine gewisse Marktmacht und auch bedeutend mehr Ressourcen, um Beschaffungen durchzuführen. Dadurch gibt es bessere Preise und womöglich auch bessere Produkte zu diesen Preisen, da man umfassender evaluieren kann, je grösser das eingekaufte Los ist. Darum ist es für uns wenig sinnvoll, wenn man die Stadt Bern aus der Formulierung herauskippt.

Allerdings sollte man andere Gemeinden nicht ausschliessen, wenn es sich anbietet. Aus diesem Grund stellen wir den **Änderungsantrag**, den Wortlaut wie folgt zu ändern:

Der Gemeinderat wird beauftragt, zu prüfen, mit welchen Massnahmen öffentliche Beschaffungen mit den Nachbargemeinden insbesondere (aber nicht abschliessend) Bern und Köniz optimal koordiniert werden können.

Falls der Wortlaut vom Gemeinderat so akzeptiert wird, können wir dem Geschäft zustimmen.

Eduard Rippstein (CVP): Die CVP/GLP-Fraktion wird den Geschäften Nr. 10 und 11 zustimmen. Ich möchte davor warnen: Bitte keine Projektorganisation und "Heissläufer", welche letztendlich mehr Kosten verursachen, als eingespart werden kann. Machen ja - aber nur dort wo der Nutzen erkennbar ist!

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Wir wollten nicht nur die Stadt Bern mit ins Boot holen, sondern das Ganze etwas breiter abstützen. Die Kontakte mit der Stadt Bern sind selbstverständlich am Laufen.

① Der Gemeinderat kann mit dem neuen Wortlaut gut weiter arbeiten.

Zum Thema "Projektorganisation" möchte ich darauf hinweisen, dass der Gemeinderat gewillt ist, alle Kräfte zu bündeln. Wir versuchen die Angelegenheit möglichst schlank zu halten. Es soll keine klassische parlamentarische Kommission ins Leben gerufen werden. Die beiden Erstunterzeichner der beiden Postulate sollen bei der Ausarbeitung mit ins Boot geholt werden. Ich wiederhole nochmals - das Ding soll möglichst schlank erarbeitet werden.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich verlese den korrigierten Wortlaut des Postulates der da lautet:

Der Gemeinderat wird beauftragt, zu prüfen, mit welchen Massnahmen öffentliche Beschaffungen mit den Nachbargemeinden insbesondere (aber nicht abschliessend) Bern und Köniz optimal koordiniert werden können (mittels eines Koordinationstools).

Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Das Postulat der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend „Koordination im öffentlichen Beschaffungswesen“ wird im Wortlaut abgeändert, erheblich erklärt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen.

10.3.73 Postulate
10.11.21 Büromaterial

11. Postulat FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Kosten einsparen durch strategischen Materialeinkauf mit der Logistikzentrale der Stadt Bern; Erheblicherklärung/Ablehnung

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Tobias Weibel (FDP): Das Postulat soll zu mehr Effizienz und zu mehr von der berühmten Synergie im Beschaffungswesen unserer Gemeinde veranlassen. Natürlich begrüssen wir auch die Unterstützung und die Vorstösse mit ähnlichen Absichten dazu aus den anderen Parteien. Der Gemeinderat hat unsere Absichten gut aufgenommen und sogar eine Projektgruppe eingesetzt. Wir denken aber, einen Grundkatalog zu erstellen. Danach kann eine Offerte bei der Stadt eingeholt werden, welches im Prinzip für den Moment schon mal einen grossen Schritt bedeutet.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): In der Botschaft wurde die kürzeste und effizienteste Beantwortung zu einem politischen Vorstoss abgegeben. Das passt ganz gut zum Thema.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Das Postulat FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend „Kosten einsparen durch strategischen Materialeinkauf mit der Logistikzentrale der Stadt Bern“ wird erheblich erklärt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen.

10.3.74 Interpellationen
10.22.0.14 Ortsentwicklung

12. Interpellation FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend wie sieht der Fahrplan für Neugestaltungen beim Dreieck aus?; Beantwortung

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Ist der Erstunterzeichner der Interpellation mit der Beantwortung zufrieden?

Tobias Weibel (FDP): Ich bin mit der Beantwortung zufrieden - besten Dank.

B e s c h l u s s

Die Interpellation FDP.Die Liberalen Fraktion betreffend wie sieht der Fahrplan für Neugestaltungen beim Dreieck aus? wird schriftlich beantwortet.

Persönliche Erklärung

Walter Aliosha (FDP): Ostermundigen ist mit diversen Problemen konfrontiert und das ist nichts Neues. Wir sind stets in Bewegung. In Ostermundigen gibt es viele Liegenschaften aus den sechziger Jahren; so auch bei der Dreieckanlage. Ich danke dem Gemeinderat für den Effort sowie für seine bisherigen Arbeiten.

Wenn es in der Gemeinde Ostermundigen ein Zentrum gibt, dann wäre dies momentan im Gebiet Dreieckanlage und Umgebung (stark frequentiert, Platz zum Sein). Wir ermutigen den Gemeinderat, den Fokus in dieser Angelegenheit zu intensivieren. Viele profitieren von einer Aufwertung, da das Gebiet stark frequentiert wird.

10.3.74 Interpellation
50.8.71.40 Temporegelung

13. Interpellation Cédric Luyet (GLP) betreffend Errichtung einer Begegnungszone auf dem Steingrübliweg (und 30-iger Zone auf der Rörswilstrasse); Beantwortung

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst darf sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Besten Dank dem Gemeinderat für die Beantwortung. Nur eine kleine Anmerkung: In der Botschaft wird erwähnt, dass die Umsetzung bis Ende Februar 2016 erfolgt. Bis heute wurde noch nichts umgesetzt.

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Die Aussage des Vorsitzenden stimmt. Die Beantwortung resp. die Botschaft stammt vom 12. Januar 2016. Die Beantwortung der Frage Nr. 4 ist nicht komplett bzw. aktuell. Die Einsprachefrist läuft demnächst ab. Die Signalisation wurde bereits bestellt. Die Umsetzung sollte noch in diesem Monat (bis Ende März 2016) erfolgen.

B e s c h l u s s

Die Interpellation Cédric Luyet (GLP) betreffend Errichtung einer Begegnungszone auf dem Steingrübliweg (und 30-iger Zone auf der Rörswilstrasse) wird schriftlich beantwortet.

Persönliche Erklärung

Rudolf Mahler (SP): Am 19. September 2013 habe ich eine Volksmotion eingereicht, die von 128 Ostermundiger Stimmbürgerinnen und Stimmbürger (vor allem aus dem Steingrübliquartier) unterschrieben war. Sie hatte so geheissen:

Der Gemeinderat wird beauftragt, am Steingrübliweg eine Begegnungszone einzurichten. Die geänderte Strassen-Signalisationsverordnung (SSV, insbesondere Artikel 22b) und die eidgenössische Verordnung über die Tempo-30-Zonen sollen berücksichtigt werden.

Am 31. Oktober 2013 wurde diese Volksmotion vom Parlament mit 27 zu 10 Stimmen erheblich erklärt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen. Heute haben wir den 10. März 2016. Das sind 2 ½ Jahre für ein vereinfachtes Gutachten und das Aufstellen von ein paar Verkehrsschildern.

Warum kann so etwas so lange dauern? Das ist eigentlich nur zu erklären, indem man annimmt, dass die Lust an diesem Geschäft nicht bei allen Beteiligten sehr gross gewesen ist.

Mehrere Male wurde die Fertigstellung versprochen, z. B. mit Brief vom 22. Juni 2015, oder auch wieder in der vorliegenden Antwort auf die Interpellation. Einmal hiess es, es sei mit

einem Abschluss der Arbeiten in diesem Jahr (2015) zu rechnen, dann Februar 2016. Noch einmal: Wir schreiben jetzt 10. März 2016. Inzwischen ist die Verkehrsbeschränkung verfügt worden, die Beschwerdefrist ist am 15. Februar 2016 abgelaufen. Nun kommt für mich das absolute Müsterchen:

Nach Auskunft aus der Verwaltung hätten die Verkehrssignale noch nicht geliefert werden können, da der Lieferant oder wer auch immer in Australien in den Ferien weilt. Trotzdem steht in der Antwort auf die Interpellation von Cédric Luyet der schöne Satz: *Wie die Anwohner des Steingrübliwegs durch die laufenden Vorgänge im Quartier feststellen konnten, ist die Umsetzung einer Begegnungszone im Gang.*

Ich kann euch also sagen, da können die Steingrübler aber schauen, so lange sie wollen, sie sehen einfach nichts. So etwas kann vielleicht in Seldwyla vorkommen, aber nicht in einer Berner Vorortsgemeinde mit bald 18'000 Einwohnenden und einer professionellen, politischen Führung und Verwaltung.

Die verantwortliche Gemeinderätin wird das sicher alles erklären und entschuldigen können. So im Stil von „geringfügige Verzögerung“, „unvorhergesehene Zusatzarbeiten“ usw..

① Die Leute im Steingrübli wollen aber keine Worte mehr hören, sondern Taten sehen.

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Lieber Ruedi, besten Dank für den Rundumschlag! Ich möchte noch ein paar Sachen erklären:

Das Geschäft wurde bereits mehrere Male im Parlament behandelt. Die eingereichte Volksmotion veranlasste die eingesetzte Arbeitsgruppe sowie die Verwaltung dazu, ein Gesamtkonzept zu erarbeiten. Nicht die, welche am lautesten schreien sollen etwas erhalten, sondern es soll eine konzeptnahe Lösung geschaffen werden. Die zwei eingereichten politischen Vorstösse wurden auseinander genommen. Anschliessend stand noch die Volksabstimmung zum Projekt "Tram Region Bern" an. Gewisse Elemente hätten zusammen mit dem Tram realisiert werden sollen.

Die Signalisation wurde bestellt und sollte in den nächsten Tagen aufgestellt werden. Die Einwilligungen der Grundeigentümerschaften liegen vor.

Es gibt trotz Volksmotion nicht nur Befürworter für eine Begegnungszone. Wir werden diese jedoch unverzüglich umsetzen.

Rudolf Mahler (SP): Zum Stichwort "Demokratie": Eine durch das Parlament angenommene Volksmotion, wird nicht von allen Bürgerinnen und Bürger aus dem Steingrübliquartier getragen. Diesen Sachverhalt ist wohl allen klar. Es gibt auch heute noch Bevölkerungsgruppen, welche das "Trämliprojekt" nicht unterstützen werden.

Eine Mischung mit der Motion "Temporegelung" war von Anfang an unglücklich und führte ausschliesslich zu Verzögerungen.

10.3.63 Originalbotschaften gesamte Verwaltung

14. Baurechtsvertrag zwischen der Gemeinde Ostermundigen und der o'bloc AG Bern, Kenntnisnahme

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Es liegen keine Wortmeldungen zum Geschäft vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

1. Vom Baurechtsvertrag zwischen der Einwohnergemeinde Ostermundigen und der o'bloc AG Bern vom 22. Januar 2015 wird zur Kenntnis genommen.
2. Von der "Stellungnahme Energiekonzept Kletter- und Boulderhalle" der o'bloc AG vom 2. Dezember 2014 wird Kenntnis genommen.
3. Vom Memorandum von Notar Christoph Leiser vom 3. Dezember 2014 wird Kenntnis genommen.

15. Orientierungen des Gemeinderates

20.9.21 Pensionskasse

a) Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS B-I-O); Jahresabschluss

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Der Gemeinderat hat den Zeitplan für die Sanierung der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO) neu festgelegt:

- ① Am 30. Juni 2016 wird das Geschäft dem Parlament zuhanden der Volksabstimmung vom 25. September 2016 vorgelegt.

Die Situation der Finanzmärkte macht eine Sanierung momentan nicht einfacher. Die Herausforderungen sind nach wie vor sehr gross.

42.2.03 Publikationen, Inserate
42.2.53 Wasseruntersuchungen

b) Trübungen des Trinkwassers in privaten Bereichen

Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP): Den Parlamentsmitgliedern wurde die Medienmitteilung vom 2. März 2016 zugestellt. Die Aussagen sind relativ umfangreich ausgefallen. Die Zeitungsberichte haben bei der Bevölkerung zu Unsicherheiten geführt. Etliche Hauseigentümer haben angerufen und Fragen gestellt. Ich lese nochmals den Text der Medienmitteilung vor:

Die Gemeinde Ostermundigen bezieht ihr Wasser normalerweise zu 90 % bis 95 % von der Wasserversorgung Region Bern AG (WVRB AG) und den Rest von der Gemeinde Muri. Weil die WVRB AG bis ca. Ende März 2016 Arbeiten an ihrem Haupt-Leitungsnetz ausführt, wird das Trinkwasser seit Mitte Januar 2016 zu ca. 90 % von der Gemeinde Muri bezogen. Dieser Zustand wird bis voraussichtlich Ende März 2016 so bleiben. Anschliessend wird wieder auf „normal“ umgestellt.

Die beiden Leitungsnetze bzw. das Trinkwasser von Muri und von der WVRB AG unterscheiden sich. Muri liefert weiches Wasser mit einer Härte von ca. 18 bis 21°fH (französische Härtegrade) und die WVRB AG liefert härteres Wasser mit einer Härte von ca. 23°fH. Zudem wird das in Muri aus Grundwasser gewonnene Trinkwasser mit einer leichten Sicherheitschlorierung (Natriumhypo-Chlorid) behandelt, was beim Trinkwasser der WVRB AG nicht der Fall ist.

Die vorübergehende Umstellung auf weiches Wasser kann vorhandene Kalk- und Rostablagerungen in alten, galvanisierten Hauszuleitungen und Inneninstallationen nach und nach auflösen und abtragen. Es ist deshalb möglich, dass das Trinkwasser in nächster Zeit nach dem Öffnen der Wasserhähne zuerst braun verfärbt sein wird oder sogar kleine Festpartikel darin feststellbar sind. Das gleiche Phänomen ist übrigens auch in der Gemeinde Rubigen feststellbar, wenn diese das Trinkwasser von Muri bezieht.

Donnerstag und Freitag der letzten Woche (25./26. Februar 2016) wurden in Ostermundigen bei einigen Liegenschaften, welche am Donnerstagmorgen Trübungen gemeldet haben, mikrobiologische und chemische Proben entnommen und an das kantonale Laboratorium zur Untersuchung weitergeleitet. Zusätzlich wurden in diesen Bereichen die Hydranten und die öffentlichen Leitungen gespült sowie die Trübung visuell kontrolliert. Die dabei festgestellten leichten Verfärbungen waren nur kurzanhaltend und befanden sich Rahmen des „Normalen“. Die Ergebnisse der mikrobiologischen Laboruntersuchungen (Escherichia coli, Enterokokken und aerobe Mesophyllen Keime) sind weit unterhalb der Toleranzwerte der Hygieneverordnung oder gar nicht nachweisbar und somit unbedenklich. Die Ergebnisse der Trübung haben hingegen in den Liegenschaften die Toleranzwerte teilweise überschritten (Probeentnahme direkt nach dem Öffnen des Wasserhahnes des über Nacht gestanden Leitungswasser). Proben beim Pumpwerk Freibad (Einspeisung von Muri) waren unterhalb des Toleranz- resp. Richtwertes.

*Da die Wasserversorgung Ostermundigen bis heute im Hauptleitungsnetz keine Auffälligkeiten oder Überschreitungen der Toleranzwerte festgestellt hat (letzte periodische chemische und mikrobiologische Messung ist vom 25. Januar 2016 resp. vom 22. Februar 2016), gehen wir davon aus, dass es sich hauptsächlich um ein Phänomen in den privaten Hausinstallationsleitungen handelt. **Das Ostermündiger Leitungswasser hat eine einwandfreie Qualität, was die Ergebnisse des kantonalen Laboratoriums von gestern bestätigen.***

*Gemäss kantonalem Laboratorium bringen Rostpartikel (stabile Eisen-Sauerstoffverbindung) und verfärbte Kalkabtragungen **aus gesundheitlicher Sicht keine negativen Beeinträchtigungen** mit sich. Wir empfehlen trotzdem, das Wasser vor jedem Gebrauch einige Zeit laufen zu lassen (**Spülen**) und das zuerst aus den Leitungen austretende Wasser abzuleiten. Weiter sollten die Siebe der Wasserhähne sowie der Wasch- und Abwaschmaschine regelmässig gereinigt werden.*

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Heute Abend wurden die nachfolgenden parlamentarischen Neueingänge (siehe Traktanden #16 bis # 21) eingereicht.

Die Sitzung ist nun beendet. Ihr seid herzlich in das Restaurant BÄREN eingeladen.

- - - - - **A p p l a u s** - - - - -

10.3.72	Motionen
10.0.11	Reglemente Gemeinde
10.9.28	Verwaltungsorganisation/Organisationsstrukturen

16. Motion FDP. Die Liberalen-Fraktion betreffend Stellenplan vor das Parlament; parlamentarischer Neueingang

Auftrag

Der Gemeinderat wird gestützt auf Artikel 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates wie folgt beauftragt:

- Dem Grosse Gemeinderat soll jährlich zusammen mit dem Budget des nächsten Jahres, ein ausführlicher Stellenplan inkl. statistischen Angaben der Verwaltung und ihren Abteilungen, zur Kenntnis gebracht werden.
- Im Rahmen eines HR-Reportings sind dabei für die Legislative geeignete und aussagekräftige statistische Personalkennzahlen mit Jahresvergleichen bis auf Stufe Abteilung, Bereich und Dienstgruppe (inkl. Angaben von Stelleneinreihungen und Gehaltsklassen) zu publizieren.

Begründung

Die Personalkosten schreiten seit Jahren unaufhaltsam voran. Das obwohl der Gemeinderat vor einiger Zeit schon eine Aufgaben- und Leistungsüberprüfung mit dem Ziel gestartet hat, Massnahmen zu treffen um finanzielle Verbesserungen in der Gemeinderechnung von 1 Mio. CHF pro Jahr erreichen zu wollen.

Mit der Wiederbesetzung resp. der Neuschaffung von Stellen übernimmt die Gemeinde eine grosse finanzielle Verantwortung. Damit der Grosse Gemeinderat seine Aufsichts- und Kontrollfunktion wahrnehmen kann, ist eine transparente Stellenplanung entscheidend. Deshalb muss das Gemeindeparlament den gesamten Stellenplan mit informativen Personalkennzahlen in Verbindung zum Budget zur Kenntnis nehmen können.

sig: Aliosha Walter, T. Weibel, A. Müller

10.3.72 Motionen
10.3.01 Allgemeines

17. Motion FDP. Die Liberalen-Fraktion betreffend Einführung des papierlosen Ratsbetriebs; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Umsetzung vom papierlastigen zum papierlosen Ratsbetrieb ab der neuen Legislatur 2017 zu vollziehen.

Begründung

Mit dem Einzug des modernen Zeitalters und den verschiedenen elektronischen Arbeitsgeräten ist der grosse Papieraufwand im Gemeinderat unverhältnismässig geworden. Auch dem Ruf nach vermehrtem Naturschutz wird mit dieser Motion Rechnung getragen. Der vom Bundesamt für Statistik im Rahmen einer Indikation genannten Zahl von fast 90 % Internetnutzern darf abgeleitet werden, dass praktisch jedes Mitglied dieser Gremien einen privaten Internetzugang nutzen kann. Bereits heute haben etliche Ratsmitglieder einen Laptop oder ein Tablet während den Sitzungen vor sich.

Diejenigen, welche auch weiterhin mit Unterlagen in Papierform arbeiten wollen, können sich zu Beginn der Legislatur einmalig beim Ratssekretär melden und die Unterlagen weiterhin auf dem Postweg beziehen. Ausnahmen sollen hier einzelne Dokumente wie das Budget, die Jahresrechnung oder gebundene Unterlagen sowie Pläne (A3) bilden, die weiterhin allen zugestellt werden oder unkompliziert auf der Gemeindeverwaltung bezogen werden können.

Der Wechsel vom papierlastigen zum papierlosen Ratsbetrieb würden Aufrüstungen des Tellaals durch ein WLAN-System nötig machen. Die zu erwartenden Einsparungen bei Papier- und Druckkosten würden diese Investitionen jedoch rechtfertigen, zumal ein baldiger Standortwechsel für die GGR-Sitzungen nicht absehbar ist.

sig. Tobias Weibel, A. Walter, A. Müller

10.3.72 Motionen
63.11.05 Abklärungen

18. Motion SP/Grüne-Fraktion betreffend Optimierung des Mutter-Kind Deutschkurses zu einem Integrationskurs; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, wie der Mutter-Kind Deutschkurs optimiert werden kann. Ziel der Neuausrichtung muss es sein, über den Sprachkurs, die Integration von fremdsprachigen Kleinkindern und Mütter in Ostermundigen zu verbessern. Der Kurs soll in enger Zusammenarbeit mit Schrittweise neu aufgegleist werden.

Begründung

In Ostermundigen besteht im Bereich der sprachlichen Frühförderung von fremdsprachigen Kleinkindern und deren Familien Handlungsbedarf. Neben der Schulung der Kinder ist es zentral, dass die Eltern, insbesondere die Mütter ebenfalls geschult werden. Sprachliche Frühförderung ist unbestritten und ist bedeutend günstiger als spätere Interventionen in der Schule.

Kindergärtnerinnen bestätigen, dass Kinder, die bereits Grundkenntnisse in der deutschen Sprache aufweisen, weniger Schwierigkeiten haben, sich in den Gruppen zu integrieren. Ebenfalls ist die Zusammenarbeit mit den Eltern von Beginn weg bedeutend einfacher, wenn diese bereits vor dem Schuleintritt über Basiswissen verfügen, wie unser Schulsystem funktioniert. Der Start in den Kindergarten und in die Schule wird somit optimiert.

Situation heute

Seit dem Jahr 2005 bietet der Elternverein einen MUKI-Deutschkurs an, einmal pro Woche während 1 ½ Stunden. Der Kurs wird von der Gemeinde jährlich mit Fr. 800.-- unterstützt. Die Eltern leisten ihrerseits einen Beitrag, die übrigen Kosten trägt der Elternverein. Der Kurs wird von einer Spielgruppenleiterin mit einer Weiterbildung in Sprachförderung geleitet. Der Kurs war in den ersten Jahren sehr gut besucht, 10 bis 12 Kinder ab ca. 2 ½ Jahren mit ihren Müttern nahmen jeweils teil. Seit ca. zwei Jahren ist die Teilnehmerzahl rückläufig, trotz steigender Anzahl von fremdsprachigen Familien in Ostermundigen und intensiver Werbung. Das heutige Konzept, bei dem die Kleinkinder gemeinsam mit den Müttern unterrichtet werden, ist nicht mehr aktuell. Eine eigentliche Förderung der Mütter ist nicht möglich. In der Stadt Bern und in div. umliegenden Gemeinden wird mit sehr gutem Erfolg der erweiterte MUKI-Deutschkurs angeboten, d.h. eine Lehrperson unterrichtet die Mütter, eine andere die Kinder, dies in getrennten Räumen. Die Mütter werden, neben dem Spracherwerb, v. a. auch in anderen Themen geschult, z. B. Schule-/Kindergartensystem, Mitwirkungsmöglichkeiten in der Schule, Rechte und Pflichten der Eltern, Gesundheitsförderung, und allgemeine Integrations-themen.

In der Stadt Bern wird der MUKI-Deutschkurs in enger Zusammenarbeit mit dem Frühförderungsmodell Primano angeboten und zu 20 % von der Stadt und zu 80 % vom Kanton finanziert. Im Jahr 2007 wurde das Integrationsprojekt ZIO, Zusammenleben in Ostermundigen

gestartet, und das dazugehörige Projekt Schritt:weise wird seit einigen Jahren mit Erfolg durchgeführt. Der optimierte Mutter-Kind Deutschkurs ist eine sinnvolle und notwendige Ergänzung dieses Angebotes. Eine gute Koordination der bestehenden Angebote, insbesondere von Schritt:weise und einem optimierten MUKI-Deutschkurs/Integrationskurs bringen nur Vorteile für Ostermundigen.

sig: Priska Zeyer, H.R. Burkhalter, R. Kehrl, C. Nova, S. Rajaratnam, T. Thomann, P. Blaser, R. Mahler, C. Zeyer, M. Weber Hadorn

10.3.73 Postulate
10.13.21 Nachbargemeinde Bern

19. Postulat SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Kernregion Bern: Gemeinsame Entwicklung an die Hand nehmen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird aufgefordert, folgende Massnahmen zu prüfen:

1. Die Gemeinde Ostermundigen nimmt mit den benachbarten Gemeinden (z. B. im Perimeter „Bern NEU gründen“) Kontakt auf, um gemeinsam eine „Resonanzgruppe Kernregion Bern“ einzurichten.
2. Die Resonanzgruppe wird aus Vertretungen der beteiligten Behörden gebildet. Eingeschlossen sind auch Vertretungen der Parlamente (wo vorhanden), in der Stadt Bern aus der Agglomerationskommission (AKO), um die Zusammensetzung politisch breiter abzustützen.
3. Die Resonanzgruppe entwickelt gemeinsam Ziele und Vorstellungen für die Entwicklung der Kernregion Bern. Sie stösst Projekte für die gemeinsame Zusammenarbeit an und bildet eine Plattform für urbane Interessen und gemeindeübergreifende Zusammenarbeit in der Kernregion Bern.

Begründung

Weite politische Kreise sind sich einig: Um die künftigen Herausforderungen und Probleme in der Stadt und Agglomeration Bern meistern zu können, braucht es eine gemeinsame, gemeindeübergreifende Entwicklung der Kernregion. Allerdings besteht kein politischer Konsens über die anzustrebende Entwicklung in der Agglomeration Bern, und es fehlt an geeigneten Strukturen, um die Weiterentwicklung und langfristige Stärkung der Region Bern zielgerichtet angehen zu können. Dieses Ergebnis zeigt auch eine Studie des Vereins „Bern NEU gründen“, die der Frage nachgegangen ist, mit welchen Zusammenarbeitsmodellen sich die Zusammenarbeit in der Stadtregion vertiefen liesse¹.

Zwar besteht für die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit eine Vielzahl von Gremien. Diese Gremien haben aber alle einen grossen Perimeter und damit in der Folge eine sehr heterogene Interessenslage. Namentlich hat die Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM²) nicht die Aufgabe, sich um die Probleme der Kernregion zu kümmern.

Die weitere Stadtentwicklung erfordert aber im unmittelbaren Umfeld der Stadt tragfähige Strukturen, um den gemeindeübergreifenden Dialog zu pflegen und Projekte zur weiteren Entwicklung der Region gemeinsam an die Hand nehmen zu können.

sig. Rudolf Mahler, A. Burckhardt, M. Weber Hadorn, H.R. Burkhalter, H. Ögüt, C. Nova, R. Kehrl, P. Blaser, T. Thomann, C. Zeyer, P. Zeyer

¹ <http://www.bernneugruenden.ch/index.php?page=306>

² <http://www.bernmittelland.ch/de/index.php>

10.3.73 Postulate
20.1.01 Jahresvoranschläge - Budgets

20. Postulat GLP/CVP-Fraktion betreffend Massnahmen zur Stabilisierung des Ergebnisses der Spezialfinanzierung „Abwasserentsorgung“; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat soll überprüfen, welche Massnahmen zum jetzigen Zeitpunkt getroffen werden können zur Verhinderung der im Finanzplan vorgesehenen Defizite in der Spezialfinanzierung „Abwasserentsorgung“. Insbesondere ist zu prüfen, inwiefern eine Verschiebung von geplanten Investitionen möglich wäre und wie sich diese auf die finanzielle Lage der Spezialfinanzierung auswirken würde.

Begründung

Für die Spezialfinanzierung „Abwasserentsorgung“ ist für das Jahr 2016 ein negatives Ergebnis von einer guten halben Million Franken budgetiert. Auch für die weiteren Jahre rechnet man mit roten Zahlen. So wird im Finanzplan 2016 - 2020 erwähnt, dass dank dem hohen Stand an Eigenkapital die Situation - und somit die geplanten Defizite - bis zum Jahr 2020 tragbar sei, langfristig jedoch Massnahmen zum Erhalt des Eigenkapitals zu treffen seien.

Sollte es sich hierbei um ein strukturelles Problem handeln, so muss dieses jetzt schon angegangen werden. Sinnvolle Massnahmen sollten nicht erst bei einer Unterdeckung der Spezialfinanzierung getroffen werden.

Deshalb wird der Gemeinderat beauftragt, die möglichen Massnahmen zur Stabilisierung der Spezialfinanzierung bereits zum jetzigen Zeitpunkt zu prüfen. Dabei sollen vor Allem auch Massnahmen auf der Ausgabeseite geprüft werden, so wie das Verschieben von geplanten Investitionen oder Sanierungen.

sig: Luca Alberucci, E. Rippstein, S. Löhner

10.3.75 Einfache Anfrage
22.5.01 Liegenschaftssteuern
10.22.1.33 ZPP/ÜO #13 „Industrie Schwandi“

21. Einfache Anfrage EVP-Fraktion betreffend Kablan AG, Ostermündigen

Bereits im Dezember 2015 konnte man in den Medien lesen, dass die Kablan AG das ehemalige Fabrikgebäude der Firma Coca-Cola in Bolligen gekauft hat und dieses als Lager nutzen wird. Ein Kurzartikel im «Der Bund» vom 25. Februar 2016 informierte darüber, dass die Gemeinde Ostermündigen wie auch die Kablan AG gegen das Bauprojekt der Bernapark mit Wohnungen und Arbeitsplätzen in Deisswil Einsprache erhoben hätten. Die Kablan AG störe sich am Fahrtenkontingent für sein angrenzendes, schon eingezontes Areal. Aufgrund dieser Informationen stellen sich folgende **Fragen**:

1. Bleiben der Firmensitz und damit die Steuerpflicht der Kablan AG in Ostermündigen?
2. Wenn ja:
 - a. Hat die Firma durch die Möglichkeit der Einrichtung des Lagers in der ehemaligen Coca-Cola-Fabrik vor, am bisherigen Firmensitz an der Weissackerstrasse 7 in Ostermündigen zu bleiben, oder
 - b. Ist ein Neubau auf dem Areal Schwandi (Gemeindegebiet Ostermündigen) in Deisswil nach wie vor ein Thema?
3. Wenn nein: Was bedeutet ein Wegzug der Kablan AG bezüglich Steuereinnahmen für die Gemeinde Ostermündigen (Höhe der Steuerausfälle)?

sig. Rahel Wagner, R. Bolliger, S. Fels, P. Wagner

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Die Präsident:

Der Ratssekretär:

Cédric Luyet

Jürg Kumli

Der Stimmenzähler:

Der Stimmenzähler:

Peter Wagner

Gerhard Zaugg

PENDENZENLISTE 2016

o = offen, e = erledigt, ne = offen, sollte erledigt sein

Ax #	Titel	Start	Ende	Zuständig	Kommentar	Status
2110	Wahl- und Abstimmungsreglement	10.12.15	31.12.16	ÖS + HB	Orthografie überprüfen; sicherheitskonforme Briefkästen montieren	e
2385	Interpellation C. Luyet (GLP) betreffend Benachteiligung Ostermündigen durch FILAG	07.05.15	30.11.15	Finanzen	Beantwortung Regierungsrätin B. Simon noch ausstehend	ne
2346	Überparteiliche Motion betreffend politische Integration von Jugendlichen	12.02.15	31.12.16	Präsidiales	Nächste Revision GO dem GGR Vorschläge zur Einführung einer Jugendmotion und -postulat unterbreiten	o
1806	Personalvorsorgestiftung PVS BIO	07.05.15	30.06.16	Präsidiales	Entscheid Legislative vorlegen	o
2103	Verwaltungsbericht 2015	07.05.15	30.06.16	Präsidiales + alle	- sorgfältiger bearbeiten; Texte kürzer verfassen; AGr bilden	o
2375	Gemeinderechnung	07.05.15	30.06.16	Finanzen	als PDF.Datei verfügbar machen	o
2460	Budget; Beschreibung der Investitionsvorhaben	12.11.15	30.11.16	Finanzen	Einheitliche Gestaltung nach CD/CI. Nur noch auf Homepage aufschalten (nicht mehr in Papierform)	o
2460	Budget 2016; neue Beschlusseziffer # 4	12.11.15	31.05.16	Finanzen	Wie soll der Ausgleich erfolgen?	o
2322	Abfallentsorgungsstrategie II	10.12.15	31.12.16	TB	Teilrevision des Abfallreglements vornehmen	o
2694	Reglement über die Verwendung von Mehrwertabgaben; Genehmigung der Teilrevision	10.03.16	30.06.16	Präsidiales	Reglementbereinigung	o